

Das solidarische Parlament

Viele Parlamentsmitglieder unterstützen privat ukrainische Flüchtlinge mit Unterkünften, Geld oder zeitlichem Engagement.

Othmar von Matt

Lilian Studer tut es, die Aargauer EVP-Nationalrätin. «Wenn Platz für ukrainische Flüchtlinge benötigt wird», sagt sie, «stelle ich ein Zimmer mit einem Doppelbett zur Verfügung, wo zusätzliche Matratzen hingelegt werden können.»

Meret Schneider tut es, die grüne Zürcher Nationalrätin. «Ich stelle mein Zimmer in Bern, das ich für die Sessionen habe, Geflüchteten zur Verfügung», sagt sie. «Das ist für mich selbstverständlich.» In ihrer 1,5-Zimmer-Wohnung in Uster sei das nicht möglich.

Christine Bulliard-Marbach tut es, die Freiburger Mitte-Nationalrätin. Sie hält sogar eine ganze Wohnung bereit. «In einer so schlimmen Zeit, in der Menschen um ihr Leben bangen, fühlt man sich ohnmächtig, traurig und erschüttert», sagt sie. «Für mich ist deshalb ganz klar, dass ich helfe.»

Und auch Andreas Glarner tut es, wie der SVP-Nationalrat verkündete. «Die Menschen, die die Ukraine verlassen, flüchten

vor einem Krieg», sagte er. «Es ist ein Gebot der Menschlichkeit, ihnen zu helfen.»

Die Solidarität mit der Ukraine ist gross im Parlament. Das zeigen die drei Beispiele. Und das stellt auch Nationalratspräsidentin Irène Kälin fest. «Ich finde es unglaublich schön und berührend, wie sich Politikerinnen und Politiker engagieren», sagt Kälin. «Sie fragen sich nicht nur, was sie politisch tun können. Sondern auch, wie sie als Mitbürgerinnen und Mitbürger helfen können. Das habe ich so noch nie erlebt bei einer Flüchtlingswelle.»

Nik Gugger will Schutzwesten für Kinder

Im Parlament ist es vor allem EVP-Nationalrat Nik Gugger, der ohne Unterbruch für die Ukraine unterwegs ist. Er hat mit Hilfe von Copalana, einer Crowdfunding-Seite für soziales Engagement, ein Fundraising gestartet und sammelt Geld für die Menschen in der Ukraine. 20 000 Franken sind sein Ziel. Die Spenden gehen direkt an das polnische Rote Kreuz. Dieses ist



Stellen Unterkünfte: Lilian Studer (EVP, links), Meret Schneider (Grüne), Christine Bulliard (Mitte). Bild: Key

in der Ukraine wie in Polen im Einsatz, um Nothilfe zu leisten.

Gugger kämpft aber auch darum, dass die Schweiz Schutzwesten für Kinder in die Ukraine liefert. «In der Ukraine wurden schon über 100 Kinder erschossen», sagt er. «Das ist ein Drama. Es muss doch möglich sein, dass wir im Sinne der humanitären Hilfe ukrainischen Kindern Schutzwesten liefern.»

Deshalb will er in der Fragestunde Genaueres vom Bundesrat wissen. Gemäss den Unterkünften, die er von Spezialisten erhalten hat, widerspricht seine

Forderung der Kriegsmaterialverordnung nicht, wie er sagt. Das Verbot sei in Artikel 4 der Ukraine-Verordnung gegenüber der Ukraine weniger strikt gehalten als das Verbot gegenüber Russland. Er sei nun gespannt auf die Antwort des Bundesrats.

Mitte-Nationalrätin Christine Bulliard liess sich von Gugger inspirieren. Sie bietet in ihrem Landgasthof Zum Schlüssel in Ueberstorf Ukraine-Menüs für 100 Franken an. Das Geld geht zu grössten Teilen an das Hilfswerk World Vision Schweiz und Liechtenstein. CEO ist Chris-

toph von Toggenburg, der Schwiegersohn Bulliards. «Wir bieten mit dem Menü auch dem Dorf eine Möglichkeit, Solidarität mit der Ukraine zu zeigen», sagt die ehemalige Gemeindepräsidentin von Ueberstorf.

Die Mitte hat auch als Fraktion reagiert. Sie spendete der Glückskette 20 000 Franken. «Das entspricht etwas mehr als einem Taggeld aller Mitte-Parlamentsmitglieder», sagt Fraktionschef Philipp Matthias Bregy. «Einerseits wollten wir damit einen Beitrag leisten und andererseits Werbung machen

für die Glückskette.» Auch die Grünen sind aktiv. Fraktionschefin Aline Trede hilft als Präsidentin der Stiftung BeCycling mit, die 13 in die Schweiz geflüchtete Radtalente mitbetreut. Sie ist in Kontakt mit den Berner Schulbehörden, um den Jugendlichen von 14 bis 18 Jahren, die Swiss Cycling in die Schweiz gebracht hat, eine Tagesstruktur in der Schule zu ermöglichen.

«Wir Grünen haben unsere finanziellen Ressourcen unter anderem in die Demonstrationen gesteckt», sagt sie. «Zudem nehmen wir Geflüchtete auf und helfen, sie zu betreuen.» In der SP wiederum spenden die Fraktionsmitglieder privat, wie Fraktionschef Roger Nordmann sagt.

Gespräche mit verschiedenen Parlamentsmitgliedern zeigen: Mehrere haben es sich ernsthaft überlegt, ebenfalls Flüchtlinge aufzunehmen. Sie kamen aber zum Schluss, dass das nicht ganz so einfach ist. Als Politikerinnen oder Politiker, so ihre Überlegung, hätten sie nicht die nötige Zeit, die es braucht, um die Frauen und Kinder zu betreuen.